

Seite Zwei



Kommentar Markus Brotschi, Bundeshausredaktor, über junge psychisch kranke IV-Rentner.

Ein Teil landet bei der Sozialhilfe

Jedes Jahr werden fast 2000 unter 30-Jährige mit psychischen Diagnosen wie Persönlichkeitsstörungen, ADHS oder Schizophrenie zu IV-Rentnern. Oft haben sie bereits eine jahrelange Behandlungskarriere hinter sich. Die Invalidenversicherung versucht, mit Ausbildungen und Integrationsmassnahmen einen Teil der Betroffenen fit für den Arbeitsmarkt zu machen. Doch die Erfolge halten sich in Grenzen, weil die IV mehr tun könnte und sich für Junge mit psychischen Störungen schwer Stellen finden lassen.

Doch nun wollen bürgerliche Sozialpolitiker solchen unter 30-Jährigen keine IV-Rente mehr gewähren. Ziel dieses radikalen Schnitts sei die Integration in den Arbeitsmarkt, statt diese Menschen lebenslang mit einer Rente abzuspensen. Tatsächlich bietet eine Rentnerkarriere keine erbauliche Lebensperspektive. Die Zielsetzung ist also richtig. Das Problem ist aber, dass das Ziel - wenn überhaupt - nur mit einem gigantischen Betreuungsaufwand zu erreichen ist. Die Betroffenen müssen nicht nur einige Jahre, sondern allenfalls ein Jahrzehnt begleitet, geschult und mit Tageldern versorgt werden, was für die IV viel teurer ist als die Berentung. Für die IV zahlt sich das später nur aus, wenn die Integration im grossen Stil gelingt.

Doch ob die Nationalräte zu einem solch teuren Investitionsprogramm bereit sind, ist fraglich. Denn die gleichen Politiker fordern, dass die IV weiter sparen müsse. So lehnt etwa die SVP nur schon bescheidene zusätzliche IV-Integrationsmassnahmen für Junge ab, die der Bundesrat nun plant. Aber auch die Wirtschaft müsste ihre Bereitschaft erhöhen, angeschlagene und schwierige Menschen anzustellen.

Falls das Parlament den Rentenausschluss für unter 30-Jährige beschliesst, drohen jährlich Hunderte junge Erwachsene zur Sozialhilfe abgeschoben zu werden. Dort gehören sie zuallerletzt hin. Denn die Sozialhilfe verfügt nicht über Instrumente, um sie in den Arbeitsmarkt zu bringen. Zudem würden Kantonen und Gemeinden noch höhere Soziallasten aufbürdet, als sie heute schon haben, weil auch Ältere, körperlich Angeschlagene und Niedrigqualifizierte auf dem Arbeitsmarkt schlechte Chancen haben.

blogs.tagesanzeiger.ch

History Reloaded Die Landsgemeinde gilt als urdemokratisch. - Von Claudia Blumer

Das Wort war nicht immer frei

Das Abstimmen per Hand hat ja etwas Ursprüngliches, genuin Demokratisches. Das gibt es nur noch in Gemeindeversammlungen oder an der Landsgemeinde. Am ersten Sonntag im Mai tagt jeweils der Kanton Glarus, eine Woche zuvor Appenzell Innerrhoden. Wenn sich morgen Sonntag also die «hochvertrauten, lieben Mitlandleute» - so beginnen die Redner ihre Voten - auf dem Glarner Zaunplatz treffen, wählen sie Richter, Landammann und Landesstatthalter. Und sie stimmen über ein Dutzend Sachgeschäfte ab, darunter Hundekurse, Radwege, Finanzausgleich. Aber auch über die Einführung des Öffentlichkeitsprinzips für die Glarner Verwaltung. Jeder Bürger soll amtliche Dokumente einsehen können.

So weit der pragmatische Teil. Darüber hinaus ist die Landsgemeinde ein Ritual, das Zuschauer aus ganz Europa fasziniert. Die Versammlungsdemokratie, früher die einzige Möglichkeit, unter Einbezug der Bevölkerung Politik zu machen, ist zu einem Zeugnis vergangenen Lebens geworden. Es scheint die reinsten aller demokratischen Formen zu sein, wenn Menschen zusammenkommen, einander zuhören und dann ihre Meinung kundtun.

Doch dieses Image wird der Landsgemeinde nicht gerecht. Heute nicht und auch nicht in der Vergangenheit. Das schreibt Lukas Leuzinger, Journalist und Autor, in seinem kürzlich erschienenen Buch «Ds Wort isch frei». Das Wort ist frei: Mit dieser Ansage eröffnet der Landammann die Debatte, nachdem er den Standpunkt der Regierung erläutert hat. Doch so frei war das Wort nicht immer, zumindest nicht für alle. Frauen waren bis vor knapp 50 Jahren ausgeschlossen. Der Widerstand war gross, als Anfang der 70er-Jahre das Frauenstimmrecht eingeführt werden sollte. Dies wäre das Ende der Landsgemeinde, sagten die Gegner. Es wurde dennoch knapp ange-



Emotionale Debatten: Glarner Landsgemeinde 1994. Foto: Keystone

nommen. Danach eröffnete der Glarner Landammann die erste gemischtgeschlechtliche Landsgemeinde 1972 mit den Worten: Er hoffe, er sei nicht der Letzte, der eine Landsgemeinde führe. Dabei musste wegen der Frauen nur die Holztribüne ein wenig vergrössert werden. Man mag sich dieses Beispiel vor Augen führen, wenn politische Anliegen als unrealistisch oder gar gefährlich bezeichnet werden. Vielleicht sind sie ganz harmlos. Es sei hier jedoch angemerkt, dass die Ausserrhoder Landsgemeinde wohl tatsächlich auch an der Frauenfrage gescheitert ist. 1997 schaffte der Halbkanton die Landsgemeinde ab, acht Jahre nachdem der knappe Landsgemeindenentscheid zur Einführung des Frauenstimmrechts beinahe zu Verwerfungen geführt hatte.

Bis 1971 waren also in Glarus die Frauen ausgeschlossen. 150 Jahre davor stand es noch viel schlechter um die demokratische Teilhabe im Kanton.

Damals waren von 23 000 Einwohnern gerade einmal 5000 stimmberechtigt. Zugelassen waren lediglich ortseingesessene Männer. Wer von ausserhalb des Kantons zugezogen war, konnte sich das Stimmrecht nur mit Mühe und grossem finanziellem Aufwand erkaufen. «Demokratische Rechte wurden damals als Privileg aufgefasst», schreibt Leuzinger, «und weniger als ein Recht im heutigen Sinn.» Auch heute ist die Landsgemeinde nicht das lupenreine demokratische System, als das manchmal in nostalgischer Verklärung angesehen wird. Sie hat gegenüber dem Urnensystem jedoch Vorteile, etwa die ausgebauten Antragsrechte der Bürger. So kam etwa die spektakuläre Fusion von 25 Gemeinden zu 3 wegen eines Antragszustande, den ein Bürger spontan während der Diskussion gestellt hatte. Ein Vorteil ist auch das Kultivieren der Debatte: Einer redet, die anderen hören zu.

Ausfälligkeiten sind nicht erlaubt, dreinrufen darf man auch nicht. Als Nachteil wird die offene Stimmabgabe angesehen. Das Stimmgeheimnis gilt als zentraler Faktor der Demokratiequalität. Auch ist die Stimmbeteiligung tief, weil die physische Anwesenheit der Stimmberechtigten erforderlich ist. Und das Abstimmungsresultat kann nicht genau ermittelt werden. Wenn es knapp wird, schätzt der Regierungsrat. Allenfalls müsste man die Landsgemeinde reformieren, schreibt Leuzinger. Zum Beispiel mit einem elektronischen Abstimmungssystem. Regierungsrat und Landrat lehnen das ab, weil der Charakter des Anlasses verloren ginge. Eben: Die Landsgemeinde ist beides. Politische Kleinarbeit und Projektionsfläche für Nostalgiker.

Lukas Leuzinger: Ds Wort isch frei - Die Glarner Landsgemeinde: Geschichte, Gegenwart, Zukunft. NZZ Libro, 2018, 176 S., 36 Fr.

Seite Drei



Die zerknirschte Führungscrew des Graubündnerischen Baumeisterverbandes an der Generalversammlung vom Freitag in Laax. Ganz rechts Geschäftsführer Andreas Felix. Foto: Raisa Durand

Bösewichte und Verstossene können viele Namen haben. Aber sie heissen niemals «Andi». Wer «Andi» genannt wird, den schätzt man, den stützt man, dem vertraut man: Der liebevolle Diminutiv lässt Gedanken an ein Zerwürfnis mit dem Angesprochenen ebenso wenig zu wie Zweifel an dessen Rechtschaffenheit. «Wir danken dir, Andi, für deinen tollen Einsatz, gerade auch in diesen für dich so schwierigen letzten Wochen», sagt Markus Derungs, Präsident des Graubündnerischen Baumeisterverbandes, an diesem Freitagmorgen in Laax GR. Er sagt es zu Andreas Felix, dem langjährigen Geschäftsführer des Verbands - und prominentesten Protagonisten des Bündner Bauskandals.

Der Bündner Bauskandal: Da waren illegale Preisabsprachen zwischen Unteregadiner Baufirmen über einen viele Jahre währenden Zeitraum, mit mutmasslichen Millionenschäden für die öffentliche Hand und Private. Da war ein beteiligter Unternehmer, der aus dem Kartell ausstieg, mit Behörden und Medien sprach, eine Untersuchung der Wettbewerbskommission (Weko) in Gang brachte - und dafür laut eigener Schilderung von lokalen Platzhirschen schikaniert und bedroht, von der Polizei gar unter brutalem Gewalteintritt verhaftet wurde. Und da war Andreas Felix. In der fraglichen Zeit, bis 2008, war er stellvertretender Chef des Graubündnerischen Baumeisterverbandes - jenes Verbands, der die Treffen organisierte, an denen die Kartellisten die Aufträge unter sich verteilten und die Preise ausdealt. Seit 2008 ist Felix Geschäftsführer. Und bis letzte Woche - bis die Weko bekannt gegeben hatte, sieben beteiligte Firmen mit insgesamt 7,5 Millionen Franken zu büssen - war Felix auch Regierungsratskandidat der BDP Graubünden. Als der Druck zu gross wurde, zog er seine Kandidatur zurück.

An diesem Freitagmorgen in Laax unter seinesgleichen jedoch ist Felix einfach «der Andi». Der 4. Mai als Datum für die ordentliche Generalversammlung des Baumeisterverbandes ist vor langem schon festgelegt worden; die jetzigen Stürme hat da noch niemand vorausgesehen. Eine der «bedeutendsten und meistbesuchten Generalversammlun-

Ein bisschen Reue, wohldosiert

Graubündens Baumeister versuchen, den Kartellskandal aufzuarbeiten. Wären da nur nicht all diese Freundschaften.

Von Fabian Renz, Laax

gen unserer Geschichte» sei es, hält Präsident Markus Derungs zu Beginn fest - und konstatiert weiter, die Medienvertreter seien noch kaum je so zahlreich zugegen gewesen.

Schaden für das Bündner Image

Kein Zweifel: Das Krisenmanagement interessiert. Aber nicht nur jenes der Branche. Es geht hier auch um Graubünden, den Kanton an der Peripherie, der mit Abwanderung und kriselnder Wirtschaft kämpft, der so dringend wieder einmal positive Schlagzeilen benötigte - und nun das Gegenteil erhielt. Mario Cavigelli, der CVP-Regierungspräsident, spricht es in seinem Grusswort an die Baumeister ohne Umschweife aus: «Das Image des Kantons ist in Mitleidenschaft gezogen worden.» Und auch Markus Derungs sagt: «Wir müssen künftig verhindern, dass durch solche Vorfälle ein gan-

zeraler Kanton, eine ganze Region, eine ganze Branche in ein schlechtes Licht gerückt werden.»

Entsprechend läuft diese Generalversammlung der Baumeister ab. Der Bauskandal ist, neben den statutarischen Geschäften (Jahresrechnung usw.), das eine und einzige Thema. Da wird viel «mit Bedauern zur Kenntnis» genommen, «umfassende Klärung» gefordert und «an der Kultur» gearbeitet (Derungs), man ist über das Vorgefallene «empört», «konsterniert» und «enttäuscht» (Cavigelli). Gian-Luca Lardi, Zentralpräsident des Schweizer Baumeisterverbandes, spricht von der Schwierigkeit, in einer Firma einen «Kulturwandel» durchzusetzen. Cavigelli stellt bissig fest, das eidgenössische Kartellrecht habe offenkundig «in Graubünden noch nicht richtig Einzug gehalten». «Preis- und Gebietsabsprachen sind kein

Kavaliersdelikt. Das muss jetzt bei jedem angekommen sein», schärft auch Derungs seinen Schützlingen ein. Und bringt schliesslich das Motto des Tages in vier Wörtern: «Heute ist Demut angezeigt.»

Das Publikum schweigt Die Adressaten der eindringlichen Worte wiederum, die anwesenden Bauunternehmer (Unternehmerinnen sucht man vergebens) - sie schweigen. Gibt es Fragen an den Verbandspräsidenten? Keine. An den Geschäftsführer, den Regierungsvizepräsidenten, den Präsidenten der Schweizer Baumeister? Keine. Nie geht auch nur ein Raunen durch den Raum.

Es ist ein Schweigen aus Folgerichtigkeit, denn auch in den Referaten bleibt so manches ungesagt. Vor allem Namen.

Zwei Vorstandmitglieder, die für die gebüsten Firmen tätig waren, sind aus dem Vorstand ausgeschieden - sie heissen Roland Conrad und Claudio Giovanoli, werden aber nicht genannt. Adam Quadroni, der Kartell-Ausstiegler und Whistleblower, der den Skandal aufgeflogen liess: Er ist in der freitäglichen Baumeisterrunde inexistent, er wird, gleich einem Unglücksgeist, nie auch nur der Funktion nach erwähnt. (Dafür enthält die am gleichen Tag erschienene «Schweizer Illustrierte» ein grosses Porträt von ihm, und ein Student kündigt ein Crowdfunding zu seinen Gunsten an.)

Verdienst und Versagen bleiben eigentümliche Abstrakta in der zerknirschten Runde. «Andi» Felix, der Geschäftsführer, der von den illegalen Machenschaften nichts gewusst haben will: Er hätte «Sachen anders machen können oder vielleicht anders machen müssen», sagt Präsident Derungs. Um ihm dann gleich darauf «mit voller Überzeugung» das Vertrauen auszusprechen: Die meiste Kritik an ihm sei ungerechtfertigt, und der Verband wolle mit ihm als Geschäftsführer «weiterkommen».

Auch dieses Verhaltensmuster passt ins übergeordnete Bild. «Wo bleibt der Leute Zorn?», fragt, beinahe verzweifelt, der Liedermacher Linard Bardill in der gestrigen Ausgabe der «Südschweiz». «Zorn über die Millionen, die sich diese Patronen von unserem Steuergeld unter den Nagel gerissen haben. Zorn über die

Zerstörung des Lebens von Adam Quadroni!» Es habe «keine einzige Entschuldigung» für die Verfehlungen gegeben, moniert Bardill. Und er kritisiert auch Somedia-Verleger Hanspeter Lebrument, der tags zuvor in seiner Zeitung die Weko attackierte: Die Kommission habe die Bündner Regierungswahl «aufs Schwerste gestört und beschädigt»; die Gründe für den Zeitpunkt der Weko-Attacke müssten aufgeklärt werden. Somedia-CEO Andrea Mastiger wiederum kritisierte an gleicher Stelle das Onlinemagazin «Republik», dessen Reportage über Quadroni auf grosse Resonanz gestossen war. Und er liess Verständnis für die Bündner Baubranche anklagen, die sich in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage befinde.

Störenfriede aus dem Unterland

Solch offene Abwehrhaltung ist eher die Ausnahme. Noch mehr scheint das aber für den von Bardill vermissten Zorn zu gelten. Und immer wieder schlägt da und dort der Unmut über die Störung von aussen, über den Aufruhr durch, den Medien aus Zürich und Kartellwächter aus Bern verursacht haben. An der BDP-Delegiertenversammlung vom letzten Samstag zum Beispiel: Namhafte Parteimitglieder solidarisierten sich da mit Felix und mit ihrem Regierungsrat Jon Domenic Parolini (der als früherer Gemeindepräsident im Engadin von der Affäre ebenfalls tangiert ist). So viel Wert man in Graubünden traditionell auf ein gutes, sauberes Image legt: Die Aufarbeitung des Bauskandals könnte erst zeigen, ob das entsprechende Bestreben auch alte Seil- und Freundschaften und Strukturen zu überwinden vermag.

Man fragt es sich auch am Freitagmorgen in Laax, als die Baumeisterversammlung langsam dem Ende zugeht. Bei «Varia» meldet sich schliesslich doch noch eine Stimme aus dem Publikum: Andreas Zindel, Bauunternehmer aus Maienfeld. Er beklagt die «Untergangsstimmung» und protestiert dagegen, dass «wegen eines Vorfalles eine ganze Branche in den gleichen Kessel geworfen wird». Und er lobt: «Andi Felix und der Vorstand vertreten uns sehr gut.» Markus Derungs dankt ihm. «Du weisst nicht, wie gut es tut, das zu hören.»

Anzeige



IM ABO LESEN UND PROFITIEREN

Ihre persönliche

erhalten Sie gratis und exklusiv zum Tages-Anzeiger-Abo, 0848 848 840 oder www.tagesanzeiger.ch/abo

15. Bluesfestival Baden

Freitag, 25. Mai 2018 und Samstag, 26. Mai 2018, Konzerte im Nordportal Baden

Freitag, 25. Mai im Nordportal Baden - Der Newcomer und die Legende.

Dominic Schoemaker (CH), 20.00 Uhr
Eröffnet wird der Konzertabend vom Schweizer Blues-Newcomer Dominic Schoemaker. Wer gespannt ist, wie sich die Zukunft des Schweizer Blues anhört, sollte Schoemakers Auftritt im Nordportal Baden nicht verpassen.

Philipp Fankhauser (CH), 21.30 Uhr
Philipp Fankhauser stellt für sein Konzert im Nordportal ein einzigartiges Programm zusammen. Dabei wird seine erstklassige Stammband von einer dreiköpfigen Hornsection sowie Backing Vocals unterstützt.

Samstag, 26. Mai im Nordportal Baden - The Girls and Future Blues.

Rita Chiarelli & Her Band Sweet Loretta (CA) 20.00 Uhr
Mit ihrer Band, den Sweet Loretta, einer reinen Frauenbluesband, begeistert Chiarelli bereits das kanadische und US-Publikum. Am Bluesfestival Baden tritt die Formation nun das erste Mal in Europa auf.

Fantastic Negro (USA) 22.00 Uhr
Fantastic Negro interpretiert den Blues so modern und erfrischend wie kaum ein anderer Künstler heutzutage. Die Direktheit seiner Musik erinnert mal an die White Stripes, die musikalische Vielfalt und Verspieltheit an Prince, seine Mischung von melancholischem und bitterbösem Gesang an Amy Winehouse.

Ihr CARTE BLANCHE Angebot

für die Konzerte im Nordportal
20% Rabatt: CHF 56.- statt CHF 70.-

Vorverkauf

www.starticket.ch, Call Center 0900 325 325
(CHF 1,19/Min./Festnetz) sowie an allen Starticket-Vorverkaufsstellen unter Vorweisung der CARTE BLANCHE. Limitiertes Kontingent pro Konzert. Maximal 2 Tickets pro CARTE BLANCHE.

Weitere Informationen

www.bluesfestival-baden.ch



20%
RABATT

Du bist, was du liest.

Tages-Anzeiger